

ES GEHT UNS UM ANERKENNUNG UND ENTPRIVILEGIERUNG

„Für die Senioren in der Tagespflege bin ich eine wichtige Bezugsperson- Freiwilligenarbeit ist eine Vollzeitstelle, weshalb mir oft Kleinigkeiten auffallen, die im Arbeitsalltag sonst untergehen.“

„Freiwillige sind in Ihrer Einrichtung Allrounder- Wir helfen den Fachkräften wo wir können.“

Damit NRW auch in Zukunft von Freiwilligendienstleistenden profitieren kann, bedarf es Unterstützung auf zweierlei Ebene.

Ideelle Ebene

„Was soll das sein ein FSJ?“ – Wir wünschen uns, dass sich in Zukunft niemand mehr diese Frage stellen muss. Der Freiwilligendienst muss bekannter gemacht werden. Sei es durch die gezielte Vorstellung an Berufsorientierungstagen an Schulen oder der vermehrten Verbreitung von Informationen auf öffentlichen Plattformen – wie es beispielsweise bereits auf der online Seite des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlingen und Integration NRW umgesetzt wurde.

Durch die Förderung der allgemeinen Bekanntheit erhoffen wir uns zudem eine stärkere Gewichtung des Freiwilligendienstes in Bezug auf den Zugang zu Hochschulen und Stipendien. Die Politik hat die entscheidende Aufgabe die Wertschätzung des Freiwilligendienstes zu steigern und dessen Wichtigkeit an Dritte zu Vermitteln.

Materielle Ebene

Ja, unser Dienst ist freiwillig und das soll er auch bleiben. Kerngedanke ist das soziale Engagement unabhängig vom persönlichen Profit.

Allerdings lässt sich vom Wort Freiwilligkeit auch das Wort Freiheit ableiten. Freiheit und Entlastung bringen wir nicht nur unseren Einsatzstellen, wir erwarten sie auch für uns. Um den Dienstleistenden eine gewisse Freiheit während diesem Jahr zu ermöglichen, besteht eine Notwendigkeit zur Anhebung des Taschengeldes. Eine Umfrage im Rahmen des diesjährigen Bundessprechertreffens ergab, dass von unseren BundessprecherInnen 40% neben ihrer Vollzeittätigkeit in den Einsatzstellen einen zusätzlichen Nebenjob ausüben, um ihre Lebensunterhaltungskosten bestreiten zu können. Das darf nicht sein. Daher die klare Forderung der stärkeren Berücksichtigung des Freiwilligendienstes im Landeshaushalt. Dies ist essentiell, damit ein Freiwilligendienst für jeden zugänglich wird, unabhängig von elterlicher Unterstützung und sozialen Milieu.

Eine weitere wünschenswerte Unterstützungsmaßnahme wäre zudem die Einführung eines kostenlosen Tickets zur Nutzung des ÖPNV. Der Transfer von beziehungsweise zur Einsatzstelle beschreibt für viele Freiwillige einen immensen zusätzlichen Kostenmehraufwand. Eine Befragung von 55 Freiwilligen im Erzbistum Paderborn zeigt: der Freiwillige zahlt monatlich durchschnittlich 75€, nur um zu seiner Arbeit zu gelangen. 75€ entsprechen ca. 18% unseres Monatsgehaltes.

Weiterhin wünschen wir uns einen Anspruch auf fachspezifische Fortbildungen, um einen einheitlichen Standard zu erreichen. Freiwilligendienstleistende arbeiten in verschiedenen Bereichen und assistieren Fachkräften. Dafür sind spezifische Kenntnisse notwendig, um die Aufgaben gut bewältigen zu können und um einen guten Austausch mit KlientInnen zu gewährleisten. Das Wissen kann weiterhin auch nach dem Freiwilligendienst hilfreich sein.

Wir freuen uns, mit PolitikerInnen in NRW ins Gespräch zu kommen und ihnen Einblicke in unseren Dienst geben zu können.